

Mieten-Notstand

Die Rathaus-Kooperation macht Rolle rückwärts statt energisch einzugreifen!

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum löst sich nicht von allein in Wohlgefallen auf - im Gegenteil: Der Druck auf die Betroffenen nimmt zu, die Anzahl der Betroffenen wächst, die Konkurrenz um den Rest noch erschwinglicher Wohnungen wird immer erbitterter.

Bis vor kurzem gab es Anlass zu der Hoffnung, dass zumindest mit einer Mietenbremse bei GWW/GeWeGe ernst gemacht wird. Die SPD setzte sich für eine Begrenzung der maximalen Mieterhöhung bei den städtischen Wohnungsgesellschaften auf ein Prozent pro Jahr ein, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN favorisierten eine Mietpreisbegrenzung mit sozialer Staffelung.

Nun war einer Pressemitteilung des Wiesbadener Sozialdezernenten Christoph Manjura zu entnehmen, was übrig bleibt, wenn man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der Rathaus-Kooperation einigt: Beide Modelle müssten zu den Akten gelegt werden – allenfalls im Altbestand sei eine kleine Mietdeckelung vorstellbar.

Die Initiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ (GhV) und der DGB Wiesbaden-Rheingau-Taunus befürchten, dass die Rathaus-Kooperation den Ernst der Lage nicht begriffen hat.

Hans-Georg Heinscher (GhV): „Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sorgt nicht nur für existenzielle Nöte, er gefährdet den Zusammenhalt unserer offenen Gesellschaft. Dem muss mit allen vernünftigen Mitteln entschieden und rasch entgegen gewirkt werden. Die GWW verfügt über 9171 Wohnungen in Wiesbaden, die GeWeGe über 3811 – etwa 12 % der Mietwohnungen insgesamt. Ein weitgehender Mietenstopp in diesem großen Marktsegment würde den allgemeinen Auftrieb der Mieten dämpfen – jetzt droht das Gegenteil.“

Sascha Schmidt (Vorsitzender DGB Wi-Rh-T): „Für mich ist überhaupt nicht nachvollziehbar, weshalb der Aufsichtsratsvorsitzende und Sozialdezernent von seinem eigenen Vorschlag abgerückt ist. Mit dem Ein-Prozent-Limit würde lediglich das künftige Einnahme-Plus der städtischen Wohnungsgesellschaften gedeckelt. Im vergangenen Jahr hat die GWW einen Jahresüberschuss von mehr als 17 Millionen Euro erwirtschaftet. Ein Verzicht auf die bislang übliche Gewinnabführung an den städtischen Haushalt in Höhe von 3,75 Millionen Euro hätte zur Folge, dass sich das Investitionsvermögen der städtischen Wohnungsgesellschaften erhöht. Die Rathaus-Kooperation aber setzt auf ‚business as usual‘ statt sich um eine adäquate Problemlösung zu kümmern.“

In den nächsten Sitzungen am 17. September werden sich die Führungsgremien von GWW und GeWeGe erneut mit dem Thema Mietpreisbremse auseinandersetzen. Die Initiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ appelliert an die Verantwortlichen bei der Stadt, diesen Termin klug zu nutzen und die drohende Selbstblockade zu überwinden.

Oberbürgermeister Mende hatte vor seiner Wahl versprochen, er werde sich mit ganzer Kraft für eine Stabilisierung der völlig aus dem Ruder gelaufenen Mieten einsetzen. Wir wünschen ihm dabei viel Erfolg!



Kreisverband

Wiesbaden – Rheingau-Taunus